

Begeisterung. Als die Versammlung eröffnet wurde, waren nur 250 von 500 Mitgliedern anwesend. Die Bolschewiki strömten herein, als Kerenski mitten in der Rede war. Kerenski sah aus wie ein alter Mann.

Umsatzbewegung in Finnland.

Die sozialistische Partei Finnlands stellte dem Senat ein Ultimatum, daß sie, falls bis 1. November nicht die Lebensmittelfrage im Sinne der Sozialisten geordnet sei, den Generalstreik erklären, den alten Landtag einberufen, die neuen Wahlen, bei denen die Sozialisten eine Niederlage erlitten, für ungültig erklären und eine sozialistische Regierung einsetzen würden. Nach russischem Muster organisieren die Sozialisten im ganzen Lande sogenannte „Kote Gardes“. Gleichzeitig verharren die russischen Sozialisten in Finnland bei ihrer scharfen Gegnerschaft gegen die provisorische Regierung.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 26. Oktober.

1800 Graf Belmont v. Molke geb. — 1828 Albrecht Thoen, Begründer der rationellen Landwirtschaft, gest. — 1874 Peter Cornelius, Komponist der Oper „Der Barbier von Bagdad“, gest. — 1889 Französischer Dramatiker Emile Augier gest. — 1912 Die Serben nehmen Kollab. Der frühere griechische Ministerpräsident Dragomir übernimmt die Verwaltung Kroas. — 1915 Komponist August Hungen gest. — Herstellung der Verbindung deutsch-österreichischer und bulgarischer Streitkräfte bei Vrga Palanka.

□ Keine Trinkgelder für Kriegsgefangene. Unter dieser Überschrift schreiben die Deutschen Kriegsnachrichten: Es ist in der Landwirtschaft wie in der Industrie streckenweise die Gewohnheit eingerissen, den in Privatbetrieben beschäftigten Kriegsgefangenen, um ihre Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen, noch Trinkgelder — zum Teil in beträchtlicher Höhe — zu ihrem an sich schon hohen Arbeitsverdienst zuzulegen. Diese Unsitte kann nicht scharf genug bekämpft werden. Erstens werden die Kriegsgefangenen durch die amtlicherseits festgesetzten Löhne ausreichend entlohnt und zweitens hat die Militärverwaltung andere Mittel an der Hand, den verlagenden Arbeitseifer der Gefangenen anzuspornen. Endlich aber sollte jeder Deutsche sich einmal die Frage vorlegen, ob es überhaupt denkbar sei, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Feindesland, die unter den unglaublichen Bedingungen bei schlechter Verpflegung und menschenunwürdiger Behandlung die schwerste Arbeit zu verrichten gezwungen sind, Trinkgelder oder ähnliche erfreuliche Dinge zur Erleichterung ihrer Lage erhalten. Also keine Trinkgelder mehr für Kriegsgefangene, deren Annahme und Gabiger dadurch schließlich nur gefördert wird und deren Disziplin darunter leidet. Das dafür aufgewendete Geld sollte lieber nationalen Wohlfahrtszwecken dienlich gemacht oder in Kriegsanleihe festgelegt werden. Denn das deutsche Volk braucht sein Geld jetzt und später selbst.

□ Ein österreichisch-deutsches Polizeierholungsheim. In Neumarkt (Steiermark) wird ein Erholungsheim für österreichisch-deutsche Polizeibeamte erbaut werden, das vor allem ledigen, eltern- und geschwisterlosen oder verwitweten Wachtmeistern, die krank aus dem Felde kommen, Aufnahme gewähren soll. Es ist das erste derartige Heim, das in Österreich gegründet wird.

—* Am 20. Oktober 1917 ist eine neue Bekanntmachung (Nr. L. 888/7. 17. R. R. U.) betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder an Stelle der bisher in Geltung gewesenen Bekanntmachung Nr. Ch. II 888/7. 16. R. R. U. vom 5. August 1916 und Nr. L. 888/3. 17. R. R. U. vom 1. April 1917 getreten. Die Höchstpreise für Leder sind verändert und teilweise herabgesetzt worden. Außerdem sind umfangreiche Bestimmungen über die Bewertung des Leders getroffen worden, durch die nach Möglichkeit auf eine Verbesserung der Ware hingewirkt werden soll. Während bisher gewisse Lederarten noch nicht von der Beschlagnahme erfaßt waren, ist nunmehr alles Leder in jeder Form (auch Abfälle) soweit es sich im Eigentum, Besitz oder Gewahrsam einer Gerberei, Zurechters oder Lederverarbeitung befindet, beschlagnahmbar. Die Veräußerung und Ablieferung des beschlagnahmten Leders ist genau geregelt. Die Bekanntmachung enthält eine große Zahl wichtiger Einzelbestimmungen. Der Wortlaut ist bei den Bürgermeistern und Amtmännern einzusehen.

—* Weitere Verkehrseinschränkungen. Die Sächsische Staatszeitung kündigt weitere Verkehrseinschränkungen an. Sie stellt fest, daß die Einführung der Zuschläge keine Wirkung gezeigt habe. Man werde sich daher an ein ganz verändertes Verkehrsbild auf den Bahnhöfen gewöhnen müssen. Schon jetzt sei eine militärische Umlaufsperrung in Kraft getreten, die bis zum Frühjahr 1918 dauern soll, wenn nicht in der Zwischenzeit eine Wendung der Dinge eintrete. Auch der Umlaufverkehr innerhalb Deutschlands, der Samstags und Sonntags einen großen Umfang angenommen hat, werde eingeschränkt werden. Ebenso der Verkehr der Zivilpersonen in die Garnisonorte. Weitere Einschränkungsbestimmungen für den Zivilverkehr würde unerlässlich sein, und dadurch würden ungewohnte Zustände entstehen. Dies alles müsse im Interesse des Vaterlandes ertragen und ruhig hingenommen werden.

—* Das Feigen der Kirchen nicht verboten. Wir erfahren: Die Nachricht, daß das Feigen der Kirchen verboten worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Der Evangelische Oberkirchenrat hat im Gegenteil den zuständigen Reichsstellen die Wichtigkeit einer Beheizung der Kirchen dargelegt und darauf hingewiesen, daß, wenn Vergnügungststätten besser als Kirchen bedacht würden, die Gefühle weiter Volkskreise verletzt werden würden.

+ Halver, 26. Okt. Am gestrigen Abend gegen 6 1/2 Uhr und heute vormittag 9 1/2 Uhr versagte die elektrische Licht- und Kraftzufuhr für ca. eine halbe Stunde lang. Diese öfteren Unterbrechungen wirken recht störend auf die gewerblichen Betriebe, vor allem haben die kleineren Motorenbesitzer hierdurch erheblichen Schaden, da bei dem verminderten Personal die zu leistende Arbeit auf äußerste angespannt ist. — Durch die heutige Morgen-Störung erleidet die Herausgabe unserer heutigen Zeitung eine wesentliche Verspätung und bitten wir unsere Leser diese verspätete Herausgabe zu entschuldigen.

+ Kierspe, 26. Oktober. Am Sonntag, den 28. ds. Mts, nachm. 5 Uhr findet im Hotel Plate eine Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins Kierspe statt. Die Tagesordnung umfaßt: Rechnungsablage, Vorstandswahl, Besprechung über Bewertung

des Schlachtviehes, Beschaffung von Pflanzkartoffeln und Verschiedenes.

Kierspe, 24. Okt. Der an der Volmestraße gelegene Schulten'sche Hammer, bisher im Besitz des Vaters und Wirtes Kemper, Wiebelsaat, ging für den Preis von 8000 Mark in die Hände der Gebr. Volkmann zu Sprothe über, die ihn in eine Gießschmiede umwandeln werden. Die Beschaffung des Gutsbesizers Wolf, Gut Immelscheid ging über in die Hände des Dr. Hund zu Olpe, und das Anwesen von Landwirt Plate zu Ohl bei Grünbaum in die Hände des Landwirts Hase, bisher zu Walbert-Worbscheid.

Welle, 25. Okt. Der Unteroffizier und Offiziers-Aspirant Hermann Plate, Seminarist des Königl. Lehrseminars zu Lüdenscheid, Sohn des Lokomotivführers a. D. Emil Plate hierselbst, wurde zum Vize-Feldwebel befördert.

Lüdenscheid, 25. Okt. Die „Volksstimme“ stellt vom 1. November ab ihr Erscheinen ein. Das Blatt konnte sich dank einer laufenden Unterstützung seitens der sozialdemokratischen Parteikasse während dreier Kriegsjahre halten. Den unmittelbaren Anlaß zur Schließung der Druckerei sollen Personalfragen geben.

Lengerich, 25. Okt. Im Alter von 105 Jahren starb hier unsere älteste Mitbürgerin, Frau Witwe Reilgmann.

Kohlennot und Kohleneinschränkung.

z. Berlin, 24. Oktober.

In eingehender Beratung beschäftigte sich der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses mit einer „brennenden“ Frage: auf der Tagesordnung stand nämlich die

Kohlenversorgung für den kommenden Winter.

Die Berichterstatter Abg. Althoff und Abg. Stull führten aus, daß die Vellierung neutraler Länder mit Kohle nicht zu vermeiden sei; darunter dürfe jedoch das Inland nicht leiden, und es wäre zu erwägen, ob nicht auch aus verbündeten Ländern z. B. aus Bulgarien Kohle herangeführt werden könnte. Wenn man von Sparbarkeit beim Kohlenverbrauch rede, so müsse diese Sparbarkeit an erster Stelle auch den Bedürfnissen empfohlen werden. Im übrigen seien die Preise für Kohle bereits derart gestiegen, daß man sich fragen müsse, ob der ärmeren Bevölkerung, vor allem den Kriegsverwunden, nicht auch Unterstellungen für den Kohlenkauf zu gewähren seien. Auf die dringenden Mahnungen und Wünsche der beiden Abgeordneten antworteten zwei Minister und der Reichskommissar für die Kohlenverteilung. Der Minister für Handel und Gewerbe wies berichtigend darauf hin, daß der größte Teil der ausgeführten Kohlen nicht, wie man annehme, unseren neutralen Nachbarn, sondern unsern Bundesgenossen und den besetzten Gebieten zugute komme; was die Neutralen bekämen, diene lediglich als Austauschmittel für notwendige Inlandsbedürfnisse. Als recht ernst schloß der Minister der öffentlichen Arbeiten die Lage. Man habe sich infolge des Kohlenmangels dazu verstehen müssen, nur den unbedingt notwendigen Verkehr aufrecht zu halten und die

geringere Inanspruchnahme der Schnellzüge.

die sich jetzt schon bemerkbar mache, gebe die Möglichkeit, die Züge zu kürzen, sie pünktlich durchzuführen und die bisherigen Unregelmäßigkeiten im Güterverkehr zu beseitigen. Sollte sich erweisen, daß die jetzt getroffenen Maßnahmen nicht genügen, so würde man zu weiteren Verkehrseinschränkungen schreiten und etwa die

Einführung von Erlaubnischein

für die Benutzung einzelner besonders belasteter Bahnstrecken in Erwägung ziehen müssen. Man habe im Güterverkehr neben einer Tarifserhöhung die Beschränkung des Gewichts der einzelnen aufgeladenen Güterstücke auf 50 Kilogramm nicht umgehen können, und als notwendig habe sich auch die Einschränkung des Sonntagsverkehrs erwiesen. Den außerordentlich gesteigerten Ausgaben der Eisenbahnverwaltung werde man in späterer Zeit wohl durch Erhöhung der Tarife Rechnung tragen müssen. Grau zu grau war auch die Schilderung, die der Reichskommissar für die Kohlenverteilung von der augenblicklichen Lage entwarf. Wenn man den Gesamtbedarf an Kohle der Kohlenherzeugung gegenüberstelle, ergebe sich ein bedeutender Fehlbetrag. Zu all dem komme noch der im letzten Voranschlag noch nicht berücksichtigte Wagenmangel hinzu; dieser Wagenmangel sei zurzeit so stark, daß die Erzeugung nicht voll abgefahren werden könne. Gegenwärtig sei also die

Kohlennot eine Transportmittelnot

und man müsse damit rechnen, daß in nächster Zeit bald hier, bald da Notlagen auftreten. Seine Aufgabe sei es, im Zusammenwirken mit den Verbrauchern, dem Handel, den Behörden und den Eisenbahnverwaltungen Abhilfe zu schaffen und nicht zu umgehende etragliche Einschränkungen planmäßig eintreten zu lassen, damit die Gefahr schlimmerer Notlagen nach Möglichkeit verringert werde.

Reiseerlaubnis und Urlaubssperre.

Da die Erhöhung der Schnell- und Eilzugschläge nicht ganz die erwartete Wirkung gehabt hat, stehen, wie die Sächsische Staatszeitung halbamtlich mittelt, weitere Einschränkungen im Eisenbahnverkehr bevor. Unter anderem ist mit der auch im preussischen Abgeordnetenhaus angekündigten Einführung der Erlaubnispflicht für Eisenbahnfahrten zu rechnen. Jede überflüssige Eisenbahnfahrt soll unterbleiben. Von den Verkehrseinschränkungen werden Militär- und Zivilpersonen in gleichem Maße betroffen. Es ist in diesen Tagen bereits eine militärische Urlaubssperre in Kraft getreten, die bis über Weihnachten hinaus aufrechterhalten werden soll und voraussichtlich erst im Frühjahr 1918 aufgehoben werden dürfte. Eingeschränkt werden sollen auch der umfangreiche Urlauberverkehr an Sonnabenden und Sonntagen und die Massenfahrten von Angehörigen Seerespflichtiger nach den Garnisonorten.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Abendbericht.

WTB Berlin, 25. Oktober, abends. (Amtlich.) In Flandern starker Feuerkampf, besonders östlich von Ypern. Bei Pinon und Chavignon nahmen wir nachts unsere Vortruppen aus dem Allette-Grund, morgens französischem Nachdruck nachgebend, hinter den Duse-Misne-Kanal zurück. — Im Osten nichts von Bedeutung. — In Italien erreichte die Weiterführung unseres Durchbruchs bei Flitsch und Tolmein neue Erfolge. Die Gefangenenzahl und Beute sind im Steigen.

Der Reichskanzler bleibt im Amte.

Berlin, 24. Okt. Seit Tagen gehen die innerpolitischen Wogen hin und her; die Mehrheitsparteien des Reichstags oder große Teile derselben sollen den Rücktritt des Reichskanzlers fordern, während andere politische Kreise keinen Grund für diesen Rücktritt sehen. Wie nun Ihr Vertreter von zuverlässiger Seite erfährt, ist heute Abend die Entscheidung gefallen: der Kanzler bleibt im Amte.

Rücktrittsabsicht v. Valentini?

TU Berlin, 25. Okt. In Kreisen die sich mehrfach als gut unterrichtet erwiesen haben, erhält sich nach dem Lokalanzeiger das Gerücht, daß sich der Chef des Zivilkabinetts v. Valentini mit Rücktrittsgedanken trage.

Dr. Rapp wieder Generallandschaftsdirektor.

Königsberg i. Pr., 24. Oktober. Der außerordentliche 54. Generallandtag der ostpreussischen Landschaft wählte heute einstimmig den Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Dr. Rapp zum Generallandschaftsdirektor.

Die Lage in Flandern.

Berlin, 24. Okt. Eine hervorragende militärische Persönlichkeit schreibt in der Kriegszeitung: In Flandern ist im Laufe des gestrigen Tages die so kargliche Geländebedeutung der Engländer vom Großkampftage des 22. Oktober so gut wie ganz im Gegenangriff unserer Truppen zurückgewonnen worden. Der Douthoulster Wald ist jetzt auch an seinem Südrand wieder im fast unbestrittenen Besitz der deutschen Waffen. Bekanntlich versuchten die Engländer die Flandernfront zum Angelpunkt nicht nur des westlichen Kriegsschauplatzes, sondern der gesamten Kriegslage zu machen. Es ist eine desto größere Genugtuung, feststellen zu können, daß nach den drei Großkampftagen vom 9., vom 12. und vom 22. Oktober die Lage in Flandern als sehr erfolgreich und gesichert bezeichnet werden muß.

Erfolgreicher Beginn der Offensive am Isonzo.

Wien, 24. Okt. Im Herrenhaus teilte Präsident Fürst Windisch-Graetz mit, daß österreichisch-ungarische und deutsche Truppen am oberen Isonzo die Offensive ergriffen hätten, und daß die Operation einen günstigen Verlauf nehme. Die ersten feindlichen Linien seien vielfach genommen; bisher seien an 6000 Gefangene eingebracht. Die Mitteilung wurde mit stürmischem Beifall und Händeklatschen begrüßt.

Kerenski spricht „pro domo“.

Stockholm, 24. Okt. Kerenski hielt im Vorparlament eine lange Rede, in der er über die Organisation des Meeres in der Zeit, wo er Ministerpräsident, Kriegsminister, und Oberbefehlshaber war, Erklärungen abgab. Sein Programm sei der Schutz der Unabhängigkeit und der Freiheit des russischen Staates und die Erhaltung der Errungenschaften der Revolution und der neuen demokratischen Regierungsform gewesen. Das Meer habe von Beginn der Revolution an dies anerkannt und nach jener Zeit keine Kundgebungen mehr veranstaltet, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen und Versuchen zur Wiederherstellung der alten Regierungsform. Er erinnerte dann an die Bewegung Kornilows und an den maximalistischen Aufstand im Juli, die ein schrecklicher Schlag für die Manneszucht und Kampffähigkeit der Armee gewesen, aber von der Regierung bald energig unterdrückt worden seien. Der Behauptung Allezjens, daß das Meer unfähig zur Erfüllung seiner Pflichten sei, müsse er widersprechen. Wahr sei nur, daß die Revolution eine bereits aufgelöste und im Verfall befindliche Armee übernommen habe, und daß infame Elemente die Auflösung des Meeres verschlimmert hätten. Die vorläufige Regierung aber habe die traurigen Folgen der begangenen Fehler bekämpft.

Vom russischen Meerewar.

Kopenhagen, 24. Okt. In Kronstadt haben die Operationen in der Ostsee mit der vollen Ausrüstung der Vorläufigen Regierung mitgeteilt, daß er sich um Kerenskis Maßnahmen nicht kümmern werde. In der Stadt herrscht Meuterei, und es kam zu stürmischen Straßendemonstrationen. Die Petersburger Blätter betonen, daß diesem Aufruhr besondere Bedeutung zukomme, da die deutsche Ostseeflotte im Begriff stehe, die russische Ostseeflotte im Finnischen Meerbusen einzufallen. Entgegen den schwedischen Meldungen wird erklärt, daß die russische Ostseeflotte nicht daran denke, sich in Schweden internieren zu lassen, sondern sich zum letzten Entscheidungsschritt stellen werde.

Der russische Marineminister weigert ab.

Stockholm, 24. Okt. Im Petersburger Vorparlament sprach der Marineminister Berderewski von den Beziehungen zwischen den Offizieren der Flotte und den Matrosen. Er stellte fest, daß sie in Normal, dagegen in Selsingfors sehr gespannt seien. Die Schuld für das vergossene Brüderblut trügen aber weder die Matrosen noch die Offiziere, sondern die Feinde des Volkes, die seinen Untergang wollten. Er hoffe, daß die Frage der Manneszucht schließlich auf der Grundlage wechselseitigen Vertrauens zwischen Matrosen und Offizieren an Bord aller Schiffe gelöst werden werde, wie sie bereits freiwillig auf den Schiffen, die an den Kämpfen im Baltischen Meerbusen teilgenommen hätten, durchgeführt worden sei.

Allgemeiner Belagerungszustand in Rußland.

Lugano, 24. Okt. Nach einer Meldung des „Tag“ ist im europäischen Rußland und in den sibirischen Nordgouvernements der Zustand des außerordentlichen Schutzes erklärt worden. Dieses habe seine Ursache hauptsächlich in innerpolitischen Rundgebungen der Marginalisten.

England wird nachgiebig.

Amsterdam, 24. Okt. Die britische Botschaft in Washington teilt mit, daß sie der schwedischen Gesandtschaft drei der in Galtzar beschlagnahmten Postfahde uneröffnet zurückgeben werde.

Unstimmigkeiten in der Entente.

Kopenhagen, 24. Okt. Pariser Meldungen zufolge hat König Viktor Emanuel bei seiner Anwesenheit an der Westfront verlangt, daß britische und französische Armeekorps an die Isonzofront geschickt würden, um einen Angriff gegen die österreichisch-ungarischen Truppen zu beginnen. Der Kampf im Westen dürfe erst dann in vollem Umfange wieder aufgenommen werden, wenn die amerikanischen Hilfstruppen angelangt seien. In Paris und Londoner Militärkreisen bringt man diesem Vorschlag wenig Sympathie entgegen.

Und abermals Lloyd George.

Stockholm, 24. Okt. Wie das Pariser „Petit Journal“ berichtet, wird Lloyd George in einer neuen Rede am 28. Oktober endgültig zu den Friedensvorschlägen der Mittelmächte Stellung nehmen. Die Rede soll gleichzeitig Englands Antwort auf die Papstnote darstellen.

Die niederländische Regierung lenkt ein.

Bern, 24. Okt. Nach einer Neutermeldung soll die niederländische Regierung in Sachen der Beschlagnahme der in amerikanischen Häfen liegenden niederländischen Schiffe zu weitgehenden Zugeständnissen bereit sein, um der Requirierung der Schiffe vorzubeugen.

Die Kriegsgleichgültigkeit in Amerika.

TU London, 25. Okt. Die amerikanische National Security League richtete an den nationalen Verteidigungsausschuß und den Präsidenten Wilson einen Bericht, worin sie geeignete Maßnahmen fordert, um dem Anwachsen der heurückigen Gleichgültigkeit gegenüber dem Kriege entgegen zu arbeiten, die im ganzen Lande herrsche, namentlich in den ländlichen Bezirken.

Holländische Vergeltungsmaßnahmen gegen England.

TU Zürich, 25. Okt. Die neue Züricher Zeitung meldet aus dem Haag: Holland hat zur Vergeltung wegen der Einstellung des englischen Telegraphenverkehrs die Postverbindung zwischen Holland und England eingestellt und die Ausfahrt der Postschiffe verboten. Die Bank von England und die Handelskammern haben bei der britischen Regierung Vorstellungen erhoben gegen die Einstellung des telegraphischen Verkehrs mit Holland, da diese auch die englischen Handelsinteressen schädige.

